

Für eine offene Gewerkschaft - Zur Bedeutung des Zusammenhangs für gewerkschaftliche Erneuerung. (bogner | fischer | wimmer)

„Lass uns nach Genua fahren, Liebling.“¹

Abriss: Die Krise der Gewerkschaften auszurufen ist heute keine gewagte These mehr. In ganz Europa sind die Gewerkschaften mit sinkenden Mitgliederzahlen konfrontiert. Dabei zeigt Österreich im europäischen Vergleich den stärksten Mitgliederschwund. 1970 betrug der Netto-Organisationsgrad des ÖGB ca. 63 Prozent. 1990 war noch fast jede/r Zweite Mitglied in einer Gewerkschaft, heute sind es unter 30 Prozent.

Wenn von „Krise der Gewerkschaften“ die Rede ist, stellt sich die Frage nach der Artikulation dieser Krise, nach Indikatoren bzw. Bedeutungen jener. Holst, Aust und Pernicka konstatieren für Deutschland eine dreifache Krise der Gewerkschaften: nämlich eine Mitglieder-, Finanz- und externe Legitimitätskrise. Pernicka und Stern kommen zu der Einsicht, dass „österreichische Gewerkschaften bislang von einer nachhaltigen *Legitimitätskrise* verschont“² geblieben sind. Sie argumentieren dabei mit einem Verweis auf die jüngere Sozialpartnerschaft, explizit auf die Bad Ischler Deklaration 2006. Sie halten aber fest, es bestehe eine Mitgliederkrise. Von Legitimitätskrise könne ihrer Meinung nach nicht die Rede sein, da, anders als in Deutschland, die Gewerkschaften immer noch als legitime Verhandlungspartnerinnen angesehen werden. Daraus lässt sich ableiten, dass hierbei der Begriff der Legitimität auf die institutionell gefestigte Position der Gewerkschaften bezogen wird. In diesem Zusammenhang muss aber angemerkt werden, dass in den angesprochenen Verhandlungen die Legitimität durch die Kampfkraft - bedingt durch die Organisationsmacht - begründet wird, sodass letztlich die Unterscheidung zwischen Legitimitätskrise und Mitgliederkrise unseres Erachtens nicht trennscharf ist. Zudem ist kritisch anzumerken, dass eine Organisation der ArbeitnehmerInneninteressenvertretung wesentlich ihre Legitimation aus dem Zuspruch ihrer Klientel bezieht.³ Entgegen der Auffassung von Holst, Aust und Pernicka kann die Legitimitätskrise der Gewerkschaften unserer Ansicht nach gerade in der starken Konzentration von *institutioneller Macht* gesehen werden. Unter Heranziehung des sog. Jenaer Machtressourcenansatzes, welcher von unterschiedlichen Typen von *Arbeitermacht*⁴ ausgeht, bedarf es unseres Erachtens für eine Revitalisierung der Gewerkschaften mehr als nur *institutioneller Macht*. Auf diese unterschiedlichen Typen von *Arbeitermacht* wird nunmehr eingegangen.

Boltanski und Chiapello haben aufgezeigt, wie aus dem Anliegen, wissenschaftliche Sozialkritik zu fundieren, die Frage nach Quellen von Lohnabhängigen- und Gewerkschaftsmacht entstanden ist.⁵ Michael Mann hat in seiner Machttypologie Arbeitermacht als gegen-hegemoniale, sich ökonomisch, politisch, ideologisch (u.U. militärisch) konstituierte Machtform verstanden. Dörre und

¹ Gustav, „Genua“, 2003

² Pernicka / Stern, 2011, S.336

³ Hierbei ist freilich anzumerken, dass die Mitgliederzahl kein alleiniger Indikator für den Zuspruch ist.

⁴ oder synonym: Lohnabhängigenmacht. Diese Gleichstellung macht deutlich, dass sich der Begriff nicht nur auf Industriearbeiterschaft bezieht, sondern Angestellte ebenso wie prekär Beschäftigte und Erwerbslose bezieht. „Das Machtkonzept unterstellt dabei ein Interesse von Lohnabhängigengruppen, Asymmetrien in den Austauschbeziehungen von Kapital und Arbeit durch kollektive Mobilisierungen besonderer Machtressourcen zu korrigieren.“ (Dörre / Schmalz, 2013, S.17)

⁵ Vgl. Boltanski / Chiapello, 2003, S.309f.

Schmalz haben im Anschluss an Silver drei Grundtypen von *Arbeitermacht* identifiziert. Während *Organisationsmacht*, die aus dem Zusammenschluss zu kollektiven, politischen oder gewerkschaftlichen Organisationen entsteht, auf handlungsfähigen kollektiven Akteuren basiert, entsteht *strukturelle Macht* hingegen wesentlich auf Basis der Stellung von Lohnabhängigen im ökonomischen System. Sie kann sich als primäre Verhandlungsmacht, die aus einer besonderen Arbeitsmarktsituation entsteht, oder als spontane Aktion, in Gestalt von *labour unrest*, plötzlichen Unruhen, situativer Empörung, Sabotage oder Absentismus artikulieren. Drittens sprechen die beiden Autoren von *institutioneller Macht*. Diese Machtform entsteht als Ergebnis von Aushandlungen und Konflikten. Die Besonderheit dabei liegt (als Abgrenzung) in der Festschreibung / Schließung von Basiskompromissen, die teilweise gesetzlich kodifiziert werden.⁶ Nun lässt sich festhalten, dass diese unterschiedlichen Machtformen strukturell-betrachtet in Schüben wirken. „Über lange historische Phasen [...] existieren die Quellen von Lohnabhängigenmacht in unterschiedlichen Kombinationen und Organisationsformen mit-, neben- und teilweise auch in Konkurrenz zueinander.“⁷

So lässt sich idealtypisch zeigen, dass seit der Frühindustrialisierung eine Transformation von der *strukturellen* zur *Organisationsmacht* und später *institutionellen Macht* stattgefunden hat. Nach und nach wurden die Gewerkschaften und die Mehrheitsströmungen der politischen ArbeiterInnenbewegungen quasi in den Staat eingegliedert. Von diesem Punkt aus lässt sich ein Bogen in die Gegenwart spannen. Österreiche Gewerkschaften zeichnen sich heute durch einen hohen Grad an *institutioneller Macht* aus, welche sich ua durch den nach wie vor großen Einfluss der FunktionärInnen in Ausübung diverser Ämter zeigt.

Intention des Beitrags: Ausgehend von dieser Situation möchten wir in unserem Beitrag aufzeigen, dass die in der Forschung und durch diverse Kennzahlen attestierte „Krise der Gewerkschaften“ auf die historisch gewachsene Übersetzung bzw. Transformation ihrer Machtquelle im Rahmen gesamtgesellschaftlichen Wandels zurückgeführt werden kann. Ausgehend vom oben skizzierten Konzept von Lohnabhängigenmacht wollen wir am Beispiel österreichischer Gewerkschaften illustrieren, dass ua die Konzentration *institutioneller Macht*, sowie eine (damit einhergehende) zentrale ideologische Schwäche vor dem Hintergrund finanzkapitalistischer Landnahmen zu wahrgenommenen Relevanzeinbußen (Mitgliederverlust) geführt hat.

Darauf aufbauend möchten wir die These entwickeln, dass die Gewerkschaften durch eine stärker forcierte Offenheit bzw. Lernfähigkeit gegenüber sozialen Bewegungen (mit geringer *institutioneller Macht*), durch die Verknüpfung von *struktureller Macht* von Lohnabhängigen mit politischen Öffentlichkeiten, Diskurs- und Konsumentenmacht dieser Tendenz entgegenwirken können.

Diese These basiert nicht auf der Überlegung additiver, voneinander getrennter Kräfte, sondern auf der Annahme, dass durch die Betonung des *Zusammenhangs* unterschiedlicher gesellschaftlicher Felder die eigene Aktualität unterstrichen und Relevanz gestärkt werden kann. Entgegen dem fatalistischen Tenor vieler zeitgenössischer Analysen wollen wir es als *Chance* für Gewerkschaften ansehen, ein gemeinsames Vorgehen mit anderen progressiven sozialen Kräften und insbesondere mit den „neuen sozialen Bewegungen“ zu forcieren. Eine Revitalisierung von Gewerkschaften bedarf, so unsere Auffassung, dieser Lernfähigkeit und Betonung des Zusammenhangs. Denn in einer historischen Situation, in welcher der Finanzmarkt-Kapitalismus die Grundlagen seiner Legitimation untergräbt⁸ wäre es fatal, wenn die Gewerkschaften sich mit organisationspolitischem Pragmatismus zufrieden gäben!⁹

⁶ Vgl. Dörre / Schmalz, 2013, S.19

⁷ Dörre / Schmalz, 2013, S.19

⁸ Vgl. Streeck, 2015

⁹ Vgl. Dörre, 2012, S.18

Literatur:

Boltanski, L. / Chiapello, E. (2003): Der neue Geist des Kapitalismus. Konstanz.

Dörre, K. (2012): Gewerkschaften zwischen Krisenkorporatismus und Erneuerung. Emanzipation, 2/2, S.7-22.

Dörre, K. / Schmalz, S. (2013): Einleitung: Comeback der Gewerkschaften? Eine machtsoziologische Forschungsperspektive. In: Ebd. (Hrsg.), Comeback der Gewerkschaften? Machtressourcen, innovative Praktiken, internationale Perspektiven. Frankfurt am Main. S.13-38.

Gustav (2004): Rettet die Wale. Wien.

Pernicka, S. / Stern, S. (2011): Von der Sozialpartnergewerkschaft zur Bewegungsorganisation? Mitgliedergewinnstrategien österreichischer Gewerkschaften. Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, 40/4, S. 335-355.

Streeck, W. (2015): Wie wird der Kapitalismus enden? Teil II. Online-Dokument.